

Deutschland auf dem Weg zur (rechtlichen) Bananenrepublik?

Die teilweise irrwitzigen Pläne der „Ampel“ ...

Von Thorsten Grimm, stellvertretender Bundesvorsitzender

Eines vorneweg: Deutschland hat ein insgesamt sehr ausgewogenes Strafrecht, das sich inzwischen über viele Jahrzehnte etabliert und sinnvoll weiterentwickelt hat, mit Maßnahmen und Sanktionierungen über viele Rechtsbereiche hinweg. Und eines ist auch klar: Diese Rechtsgüter dürfen wir uns nicht nehmen lassen, auch nicht von einer „Ampel“-Koalition, die es sich offensichtlich zur Kernaufgabe gemacht hat, alles regulieren, verbieten und auf den Prüfstand stellen zu wollen.

Es sind die letzten ziemlich aberwitzigen Vorschläge zur weiteren Entkriminalisierung von etablierten Straftatbeständen wie „Erschleichen von Leistungen“ sowie „Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort“, die vor allem nach Vorstößen aus dem Bundesjustizministerium möglicherweise zu Ordnungswidrigkeiten herabgestuft werden sollen. Besonders interessant wird es dann, wenn man sich die Begründungen dazu anhören muss, dass dies vor allem auch dazu dienen soll, die Polizei und die Justiz zu entlasten.

Völlig zu Recht darf man die Frage stellen, wie viel Praxisnähe in einem solchen Ministerium eigentlich vorhanden ist. Was ändert sich denn durch Herabstufungen auf das Level einer Ordnungswidrigkeit – außer die Tatsache, dass es einer Verwässerung/Verweichlichung unseres Strafrechts gleicht? Richtig – fast gar nichts ... Nur der Adressat ändert sich, denn der wechselt von der Staatsanwaltschaft

bei einer Strafanzeige zur zuständigen Kreisverwaltungsbehörde oder Stadtverwaltung im Falle der Ordnungswidrigkeitenanzeige. Für die Polizei also keine wirkliche Entlastung, für die Justiz vielleicht schon, dafür werden sich die Kommunen für den Mehraufwand sicher bedanken.

Viel verwerflicher stellen sich aber die moralischen und ethischen Fragen dar, denn derartige Herabstufungen kommen einer aktiven Einladung zum „Schwarzfahren“ und zur „Unfallflucht“ gleich. Hemmschwellen werden automatisch nach unten verlagert. In Zeiten, in denen wir gesamtgesellschaftlich von sinkenden Hemmschwellen sprechen, sind das die genau falschen Signale, die Politik setzen kann.

Und was sind die Ergebnisse solch irrwitziger, nicht durchdachter Pläne? Die Zahl der Erschleichungen von Leistungen und Unfallfluchten wird massiv zunehmen, würden dann aber nicht mehr in der PKS erschei-

Strafbares Handeln muss strafbares Handeln bleiben, das Unrechtsbewusstsein muss weiterhin vorhanden sein.

nen, das alles würde zulasten der Solidargemeinschaft gehen. Fahrpreise steigen, weil die Verkehrsbetriebe die Fehleinnahmen ausgleichen müssen. Die Kfz-Versicherer bedanken sich jetzt schon, denn sie müssen dann zusätzliche Schäden in Milliardenhöhen abdecken aufgrund der massiv zunehmenden Unfallfluchten, die dann ja auch nicht mehr ermit-



Thorsten Grimm

telt würden. In der Folge steigen die Kfz-Versicherungsbeiträge für alle.

Das nennt sich dann also sinnvolle und verantwortliche Politik für die eigene Bevölkerung. Staatspolitische Verantwortung sieht anders aus, meine Damen und Herren! In der Schule würde man dazu sagen: Setzen, sechs!!!

Eines Eindruckes kann ich mich persönlich dabei nicht erwehren. Zuletzt kommt von dieser Regierung jede Woche ein neuer, völlig desillusionierter Vorschlag. Begonnen hatte das mit der Cannabislegalisierung, die mit aller Gewalt ideologisch vorangetrieben wird. Könnten also diese neuen Entkriminalisierungsvorstöße dem Versuch dienen, immer neue

Rechtsdiskussionen vom Zaun zu brechen, um am Ende die Legalisierung der dritten Volksdroge durchzubringen?

Oder ist das einfach die Grundaufgabe dieser Regierung, alles auf den Prüfstand stellen und auf links drehen zu wollen? Etabliertes Recht sollte nach Möglichkeit unangetastet bleiben. Und nach bisherigem Rechtsstand reden wir hier von Vorsatzstrafaten. Menschen entscheiden mit Wissen und Wollen, ob sie sich den Fahrpreis sparen wollen, ob sie nach einem fahrlässig verursachten Unfall die Unfallstelle ohne weitere Maßnahmen verlassen oder ob sie 25 Gramm Cannabis bei sich haben und hemmungslos kiffen.

All das wird durch derartige Gesetzesvorhaben mit Füßen getreten und so wird Deutschland zur rechtlichen Bananenrepublik – aber vielleicht ist das ja genau so gewollt?! Anhand eines extremen Beispiels noch mal zur Klarstellung, was das alles bedeuten könnte. Ein Pkw-Fahrer verursacht einen Unfall mit 10 000 Euro Sachschaden und flüchtet vorsätzlich, weil er weiß, dass ihm nichts passiert (ist ja nur noch eine Ordnungswidrigkeit). Auf den ganzen Schreck wird erst mal ein Joint geraucht (ist ja jetzt legal) und weil der Pkw später nicht mehr fahrbereit ist, wird sich bewusst ohne Ticket in die nächste Straßenbahn gesetzt (ist ja dann auch nur noch eine Ordnungswidrigkeit) auf den Weg in den nächsten „Kiffer-Sozial-Klub“.

Vorher drei Straftaten – danach insgesamt nur noch zwei Ordnungswidrigkeiten. Na dann, gute Nacht ...